

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 26

Artikel: Auf die Bedürfnisse der Partnerländer abgestimmt
Autor: Staehelin, Jenö / Scherrer, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093230>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER BRÜCKENSCHLAG

Interview mit Botschafter Jenö Staehelin über die Osteuropa-Hilfe

Auf die Bedürfnisse der Partnerländer abgestimmt

Dem Parlament liegt die bundesrätliche Zusatzbotschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten vor. Darin enthalten ist auch die Ausweitung der Hilfe auf die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Grund genug für uns, den im Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten auch für diese Belange zuständigen Botschafter, Jenö Staehelin, zur Osteuropa-Hilfe des Bundes zu befragen.

Welches sind die Motive der Osteuropa-Hilfe der Schweiz?

Einerseits ist das die Solidarität — ein Prinzip der schweizerischen Aussenpolitik — sowohl mit den Staaten Zentral- und Osteuropas, als auch mit den westlichen, insbesondere den anderen europäischen Staaten, die sich zugunsten Zentral- und Osteuropas engagieren und die auch erwarten, dass ein Land wie die Schweiz seinen Anteil leistet.

Andererseits besteht neben dieser Solidarität auch ein Eigeninteresse sicherheitspolitischer Natur. Wir haben kein Interesse daran, dass die Situation in Zentral- und Osteuropa noch unstabiler wird. Wir müssen verhindern, dass sich die Instabilität vom Osten in den Westen verlagert und statt dessen dafür sorgen, dass sich die Stabilität vom Westen in den Osten übertragen lässt. Und dazu bedarf es einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen.

Dabei ist auch die Migration ein zentrales Problem. Wir sind aber der Meinung, dass die Menschen dort ausharren werden, solange im Osten die Hoffnung auf Besserung der Situation besteht. Erst wenn sich zeigen sollte, dass keine Chance auf Besserung besteht, dann werden sich die Massen in Bewegung setzen. Das Problem ist also weniger die dramatische und katastrophale Versorgungslage, als vielmehr die Tatsache, dass die Menschen eine Perspektive haben müssen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen diese Perspektive zu geben.

Wie verteilt sich die reine Finanzhilfe und die technische Hilfe?



Botschafter Staehelin im Gespräch (Foto: Keystone).

Wir machen die Unterscheidung zwischen Finanzhilfe und technischer Zusammenarbeit. Die Finanzhilfe besteht aus geschenkweiser Überlassung von Gütern, in Krediten oder in Kreditgarantien. Vom jetzigen 800-Millionen-Kredit gehen drei Viertel an diese Art Hilfe, die vom Bundesamt für Aussenwirtschaft verwaltet wird.

Über den Rest, d. h. 200 Millionen Franken, können wir, denen — neben der politischen Gesamtverantwortung für die Osteuropa-Hilfe — im speziellen auch die Zuständigkeit für die technische Zusammenarbeit obliegt, verfügen. Dieser Betrag wird auf mehrere Jahre aufgeteilt. Die jährlichen Anteile erscheinen in den Jahresbudgets der Eidgenossenschaft, die jeweils im Parlament verabschiedet werden müssen. Und hier wird angesichts der Finanzsituation kräftig gekürzt. Am Schluss bleibt uns nur noch ein Teil dessen, was rechnerisch zu erwarten wäre, wenn man von einem dreijährigen Rahmenkreditanteil von 200 Millionen Franken für technische Zusammenarbeit ausgeht. Konkret stehen uns

für Zentral- und Osteuropa nach dem jetzigen Stand der Budgetdiskussion für 1993 38 Millionen Franken zur Verfügung. Die finanziellen Mittel sind also sehr viel beschränkter, als gemeinhin angenommen wird.

Das Geld wird nicht einfach gegeben, sondern es ist immer an ein bestimmtes Vorhaben, an ein bestimmtes Projekt geknüpft — auch bei der Finanzhilfe. Das gleiche gilt natürlich bei den Projekten der technischen Zusammenarbeit, welche in einem Transfer von Know-how besteht, sei es durch Zurverfügungstellung von Experten oder durch Ausbildungsprojekte.

Werden die Gelder nach dem Giesskannenprinzip verteilt, oder werden Schwerpunkte gelegt?

Es werden Schwerpunkte gelegt. Dass man oft den Begriff Giesskannenprinzip verwendet, kommt vielleicht ganz gut an, aber es entspricht nicht ganz der Realität. Erstens einmal würde ich behaupten, dass man damit auch unterschwellig sagt, dass im Grunde genommen nur die gros-

sen Projekte etwas erhalten sollten. Natürlich erhalten auch grosse Projekte Unterstützung, aber eben auch kleine.

Weshalb? Deshalb, weil es vor allem auch in Zentral- und Osteuropa darum geht, die Mentalität der Menschen für die politischen und wirtschaftlichen Reformen zu ändern. Um die Mentalität von Menschen zu ändern, braucht es ein Netz von persönlichen Beziehungen. Es genügt nicht, ein paar wenige Experten zu ein paar wenigen Experten dort zu entsenden, sondern wir müssen versuchen, möglichst viele persönliche Kontakte herzustellen. Und dazu dienen Kleinprojekte. Davon abgesehen kann eine Vielzahl von Kleinprojekten in einem bestimmten Unterbereich ja auch einen Schwerpunkt darstellen.

Wir sind uns aber bewusst, dass wir unsere Anstrengungen vermehrt konzentrieren wollen, geographisch wie sachlich. Aber auch dazu sind wieder zwei Erläuterungen notwendig. Wenn wir sagen, dass wir uns in Zentral- und Osteuropa geographisch stärker konzentrieren wollen, dann bedeutet das nicht, dass wir uns auf gewisse Staaten konzentrieren wollen auf Kosten anderer Staaten. Erstens einmal ist das politisch nicht sinnvoll. Und es hat mir auch noch nie jemand sagen können, welcher Staat es sein soll, auf den wir uns konzentrieren sollen und wie wir dann dafür einen Konsensus fänden. Theoretisch kann man ein solches Postulat der Konzentration aufstellen, aber in der Praxis ist es schwer durchzusetzen.

Ich glaube aber, dass wir daran auch politisch kein Interesse haben, schon gar nicht in der jetzigen Situation, wo wir mit möglichst vielen Ländern Beziehungen pflegen sollten. Und es liegt auch im Interesse unserer Partnerländer, nicht in eine neue Abhängigkeit zu geraten in dem Sinne, dass eine internationale Arbeitsteilung erfolgen sollte, indem man sagt, jeder Staat im Westen ist für einen Staat im Osten zuständig.

Im sachlichen Bereich geht es auch darum, bei unseren fünf Schwerpunkten — also politische Kultur,

Wirtschaft, Gesundheit und Soziales, Umwelt und Energie sowie Wissenschaft/Forschung/Kultur — wiederum Schwerpunkte zu setzen. Wenn wir zum Beispiel von Umwelt sprechen, dann sprechen wir vor allem von zwei Untergruppen, nämlich der Entsorgung von Sonderabfällen und der Waldbewirtschaftung. Das ist unser Schwerpunktbereich, weil wir da in der Schweiz ein besonderes Know-how haben.

Es gibt Spekulationen, dass die Schweiz nach dem Nein zum EWR sich vermehrt nach Zentral- und Osteuropa wenden könnte. Wie stellen Sie sich dazu?

Das sind im Moment nicht mehr als Stellungnahmen einiger Politiker. Die entscheidende Frage ist hier, ob diese Bereitschaft auch noch besteht, wenn es um die Budgetdiskussion geht.

Es gibt ein Gerücht, wonach die Osteuropa-Hilfe der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) unterstellt werden könnte. Stimmt das?

Das ist ein altes Gerücht, das nicht mehr stimmt. Es war in der Tat vor einem Jahr noch diskutiert worden, ob man die Osteuropa-Hilfe der DEH eingliedern sollte. Aber der Departementschef hat dies abgelehnt. Und dabei wird es wohl bleiben. Es gibt zwar viele Gemeinsamkeiten zwischen Zentral- und Osteuropa einerseits und Entwicklungsländern andererseits, vor allem bei der technischen Umsetzung. Aber es gibt auch wesentliche Unterschiede. Einer davon ist der ganz ausgeprägte und klare politische Charakter der Osteuropa-Hilfe.

Welches Konzept haben Sie für die Hilfe an die GUS?

Ich muss vorausschicken, dass wir diese Kredite ja noch nicht haben. Darum haben wir zwar Vorstellungen, aber diese Vorstellungen müssen bei der Behandlung des Kredites vom Parlament noch kommentiert werden. Wir hatten die Debatte im Ständerat, die uns Hinweise gegeben hat; wir erwarten nun die Stellungnahme im Nationalrat.

Unterscheidet sich dieses Konzept von demjenigen der bisherigen Osteuropa-Hilfe?

Ich würde meinen, dass das Konzept à priori das gleiche ist wie dasjenige für die Staaten Zentral- und Osteuropas. Wobei ich hier noch eine Klammerbemerkung machen möchte: Man sagt uns, dass die Botschaft im Grunde genommen sehr weit gefasst sei. Das stimmt natürlich theoretisch. Wenn man sich aber die bisherige Umsetzung der Hilfe anschaut, dann sieht man, dass die Sache sehr viel differenzierter gehandhabt wird. Warum sind wir nun in der Botschaft nicht so präzise wie bei der Umsetzung? Aus dem einfachen Grund, weil wir uns ja in einer historischen Situation befinden, in der sich alles bewegt. Deshalb müssen wir uns die notwendige Flexibilität einräumen. Wir müssen unser Engagement anpassen können an die jeweilige politische Situation. Wenn wir diese Flexibilität nicht gehabt hätten, dann hätten wir schon in den letzten zwei Jahren bei der Umsetzung Probleme gehabt, weil im Moment der Annahme der Vorlage durch das Parlament die Situation noch eine andere war, als wir sie heute haben. Zum Glück hat uns das Parlament das Vertrauen gegeben.

Wenn ich sage, das Konzept ist das gleiche wie das für Zentral- und Osteuropa, dann vor allem deshalb, weil auch die Hilfe für diese Staaten an das Prinzip der politischen Konditionalität geknüpft ist. Ich glaube, das ist der zentrale Punkt. Die politische Konditionalität, also die echte Bereitschaft seitens der Staaten, in den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft Reformen durchzuführen, muss feststellbar sein. Wir möchten uns engagieren, um diese Reformen zu unterstützen.

Wie sind die Prioritäten bei den GUS-Staaten verteilt?

Die politische Konditionalität soll auch für die GUS-Staaten gelten. Wir werden uns aber verstärkt schwerpunktmässig engagieren müssen — gerade in der Ex-Sowjetunion — und auch hier wieder sowohl geo-

graphisch wie sachlich. Geographisch wird das nach meinen Erwartungen — wie gesagt, das muss alles noch durch das Parlament — bedeuten, dass wir uns auf Russland, die Ukraine und Weissrussland konzentrieren werden, das heisst auf den europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion. Warum? Weil wir der Überzeugung sind, dass die Zukunft der GUS von der Entwicklung in Russland abhängt.

Mit Bezug auf die Sachbereiche werden wir wohl auch da zuerst einmal schauen, was die Wünsche sind, die an uns herangetragen werden. Das ist ja auch Teil unseres Konzeptes: Wir wollen den Ländern nicht sagen, was sie zu tun haben, sondern sie sollten uns ihre dringendsten Bedürfnisse darlegen. Gestützt darauf und gestützt auf unser Know-how werden wir dann ein Programm entwickeln, gemeinsam mit diesen Ländern und unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die wir mit den zentral- und osteuropäischen Ländern gemacht haben. Und noch ein letztes: Wir werden uns gerade angesichts unserer beschränkten Mittel verstärkt auch multilateral engagieren.

Übrigens hatten wir schon bisher in den GUS-Staaten eine bescheidene Aktivität gehabt. So haben wir in Iwanowo in Russland humanitäre Hilfe geleistet und dort bereits entsprechende Kontakte aufgebaut. Wir gehen davon aus, dass es sinnvoll ist, sich dort noch vermehrt zu engagieren, wo wir bereits Kontakte haben. Und dies nicht nur im humanitären Bereich, sondern auch in anderen, in denen es gewünscht wird.

Stimmt die Information, dass auch die zentralasiatischen Republiken ein Schwerpunkt sein werden, so nicht?

Ich würde es so sagen: Das Zentrale für alle Republiken der Ex-Sowjetunion ist die Frage, inwieweit grundsätzlich die Bereitschaft zu Reformen besteht. Und da stehen die europäischen Staaten der ehemaligen UdSSR im Vordergrund. Sicher ist es aber auch so, dass als Unterkriterium die Zugehörigkeit zur schweizerischen Stimmrechtsgruppe im IMF berücksichtigt werden wird. Das könnte zum Beispiel dazu führen,

dass wir uns in einem Land wie Kirgisien, das auch bezüglich der Reformen eher ein Spitzenland ist, engagieren.

Spielen da auch wieder sicherheitspolitische Überlegungen bezüglich des islamischen Fundamentalismus eine Rolle?

Das ist sicher so. Wir müssen ja die Frage der Sicherheitspolitik in einem sehr weiten Rahmen sehen. Dazu gehört sicher auch die Gefahr des islamischen Fundamentalismus.

Besteht nicht gerade in den GUS-Staaten die Gefahr, dass Gelder unterwegs von der Landeszentrale in die Regionen versickern? Könnte dem mit einem verstärkten Engagement im regionalen Bereich entgegengewirkt und somit die Basis gefördert werden?

Ich würde meinen, dass das Risiko des Versickerns von Geldern eher gering ist, weil wir mit unserem Ansatz der Hilfe ja konkrete Programme oder Projekte unterstützen und dies mittels Partnern, die wir selber mit aussuchen. Oder wir finanzieren Güterlieferungen für Projekte, die wir mitfinanzieren. Wir haben eigentlich eher Probleme mit alten Funktionären, weil sie vielleicht weniger kooperativ oder nicht so kompetent sind.

Für Osteuropa war gemäss Botschaft der Schwerpunkt der schweizerischen Hilfe auf den wirtschaftlichen Bereich gelegt und weniger auf die Förderung des Demokratieverständnisses. Ändert sich das bei der GUS-Hilfe?

Wenn Sie das rein finanziell anschauen, dann haben Sie mit Ihrer Beurteilung recht. Nur ist das einer von vielen Ansätzen und gibt wahrscheinlich ein falsches Bild. Es ist ja an sich erfreulich, dass das Vermitteln von Demokratieverständnis nicht soviel kostet wie der Bau eines Kernkraftwerkes oder anderes Vermitteln von technischem Know-how. Deshalb ist es falsch, vom eingesetzten Betrag auf das Engagement schliessen zu wollen.

Ich glaube auch, dass es nicht richtig ist, zu behaupten, dass die politi-

schen Rahmenbedingungen ausser acht gelassen wurden. Zum Glück ist es ja so, dass wir unseren Partnern in bezug auf theoretische Vermittlung dessen, was wir Demokratie nennen, heute weniger zeigen müssen. Ich glaube, die Zeit der Vorträge und Seminarien ist vorbei. Heute ist die konkrete Vermittlung von Know-how erwünscht; beispielsweise haben wir in Ungarn ein recht bedeutendes Projekt, wo es um die Reform der ungarischen Polizei geht. Dabei geht es nicht um organisatorische Fragen, sondern es geht darum, zu vermitteln, was die Rolle der Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat bedeutet (vgl. Zeitbild 19/92; Red.). Etwas Ähnliches werden wir vielleicht auch in Albanien durchführen.

Das würde ich alles unter dem Bereich der politischen Kultur sehen. Ein weiteres starkes Engagement haben wir mit der Unterstützung der Aktivitäten des Europarates, der zusammen mit uns praktische Beratung durchführt in den Bereichen Rechtsstaat, Menschenrechte und Schutz der Minderheiten. Das Problem in diesem Bereich ist eigentlich eher die personelle Belastung, weil die Betreuung solcher Projekte sehr viel mehr Zeit beansprucht.

Fällt hierunter auch die konkrete Beratung auf Gemeindeebene?

Wir haben hier eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband wie auch mit den Gemeindeverbänden. Das ist eine ausserordentlich wichtige Sache. Es geht ja um die praktische Vermittlung dessen, was z.B. die Aufgaben eines Gemeindepräsidenten oder eines -schreibers konkret sind. Das kann man nicht durch Vorträge machen, sondern man muss die Leute zusammennehmen und sie Erfahrungen austauschen lassen. Wir haben übrigens eine Anfrage aus Albanien, ob man nicht vermehrt etwas tun könnte im Hinblick auf Städtepartnerschaften. Wir haben das weitergeleitet. Hier geht es um Basisarbeit, die enorm schwierig, aber wichtig ist.

Wie sieht es in diesem Zusammenhang aus im Bereich der Vermittlung der Menschenrechte als Individualrechte? In den zentral- und osteuro-

päischen Ländern werden die Menschenrechte doch eher als kollektive Menschenrechte interpretiert?

Das stimmt, und das ist auch wieder ein Mentalitätsproblem. Wir können hier nur diskutieren, unser westliches Verständnis der Menschenrechte darlegen, aber nicht indoktrinieren. Der Europarat spielt in diesem Bereich eine sehr wichtige Rolle.

Wie startet man erfolgreich ein Projekt?

Nach unserem Konzept führen wir mit Partnerorganisationen Projekte durch, von deren Notwendigkeit wir überzeugt sind und die von unserem Partnerstaat an uns herangetragen worden sind. Wenn wir es umgekehrt machen würden, das heisst wenn wir Projekte finanzieren würden, die Schweizer Organisationen uns unterbreiten, ohne dass unsere Partnerländer uns ein entsprechendes Bedürfnis signalisiert hätten, dann bekämen wir grosse Probleme mit dem Parlament; denn wir sind ja nicht eine Subventionsbehörde für Projekte, die zwar vielleicht hochinteressant sind, aber nicht den prioritären Bedürfnissen unserer Partnerländer entsprechen.

Gerade am Anfang unserer Arbeit haben wir festgestellt, dass schweizerische Organisationen ein prioritäres Interesse in Partnerländern für ihre Projekte aufzeigen konnten, indem sie einen Brief des Ministers für Gesundheit oder Umwelt oder des Direktors eines Museums usw. vorlegen konnten. Das kann uns aber nur zum Teil befriedigen, weil natürlich jeder Minister und jeder Generaldirektor seinen Sektor als prioritär anschaut. Doch wir sind gezwungen, mit den in jenen Staaten für die Koordination der Hilfe aus Westeuropa Zuständigen zu sprechen. Diese müssen dann die Filterfunktion übernehmen und bestimmen, was nun von der Schweiz prioritär unterstützt werden soll. Für uns ist das die einzige Möglichkeit, Bereiche festzulegen, ohne dass wir uns vorwerfen lassen müssen, wir unterstützen die falschen Projekte.

Wird die Öffentlichkeit über die Erfahrungen bei der Projekt-Koordination informiert?

Eine faktische Koordination besteht ja bei den multilateralen Projekten. Dann gibt es die bilateralen Projekte, wo wir versuchen, zu koordinieren, wobei ich zugeben muss, dass das Wort Koordination ein bisschen hochgegriffen ist. Koordination an sich bedeutet ja auch, dass man bereit ist, auf Wunsch anderer zurückzustecken. Ich glaube deshalb, dass es in der jetzigen Phase eher darum geht, sich gegenseitig zu informieren. Angesichts der grossen Bedürfnisse bedeutet das für uns, dass wir sicher nicht Projekte unterstützen, von denen wir wissen, dass sich noch ein anderer Staat darum kümmert. Das ist dann eigentlich Koordination aufgrund einer gutfunktionierenden Information, die immer stärker auch an Ort und Stelle durchgeführt wird. Diese Koordination funktioniert recht gut.

Bezüglich Information der Öffentlichkeit sind wir ja immer noch in einer Aufbauphase; denn auch hier mussten wir mit sehr beschränkten Mitteln arbeiten und deshalb Prioritäten setzen. Das bedeutete, dass gerade unsere Öffentlichkeitsarbeit nicht so intensiv war, wie wir sie uns gewünscht haben.

Wir sind uns natürlich im klaren, dass unsere Tätigkeit auch von der breiten Unterstützung durch die Öffentlichkeit abhängt. Ich würde meinen, dass jetzt, nachdem die EWR-Diskussion wieder etwas abgeklungen ist und wir auch im persönlichen Bereich etwas besser bestückt sind, dass jetzt der Moment gekommen ist, um die Öffentlichkeit intensiver zu informieren. Dazu gehört natürlich ein Bericht über unsere bisherige Tätigkeit, ebenso ein Bericht über Erfolge und eventuell Misserfolge. Wir haben auch ein Büro beauftragt, einige Bereiche zu evaluieren.

Können Sie hier schon etwas Konkretes sagen?

Wir haben drei Projekte evaluieren lassen, und zwar in den Bereichen Aufbau einer lokalen Verwaltung, Jugendaustausch und ein Föderalismus-Seminar. Das Ergebnis im Bereich Aufbau einer lokalen Verwaltung haben wir an den Schweize-

rischen Städteverband weitergegeben. Zum Föderalismus-Seminar können wir sagen, dass die Phase der Vorträge vorbei ist. Die konkrete Beratung in der Praxis ist nun für unsere Partner aus Osteuropa wichtiger. Die zweite Schlussfolgerung dazu ist die, dass die damalige Phase es erlaubt hat, ein Netz von persönlichen Beziehungen herzustellen, und dass man sich jetzt eigentlich überlegen muss, wie man der ersten Sensibilisierung für die Probleme des Föderalismus nun durch begleitende Projekte mehr Nachhaltigkeit verschaffen kann. Bei den Jugendorganisationen war das Resultat der Evaluation gut, aber die Zielsetzung muss konkreter formuliert werden. Es sollte auch darum gehen, den Aufbau von Jugendorganisationen zu erleichtern.

Ich möchte nochmals auf den Bereich der politischen Kultur zurückkommen. Sind hier Erfolge oder Misserfolge nicht sehr viel schwieriger messbar als bei der Vermittlung von beispielsweise marktwirtschaftlichem Know-how?

Das ist richtig bezüglich unserer eigenen Zielsetzung, aber auch bezüglich der Nachhaltigkeit. Es ist schwierig abzuschätzen, inwieweit eine solche Vermittlung für die Betroffenen selbst nicht einfach eine Episode war. Wir haben aber beispielsweise gerade im Bereich der politischen Kultur zwei Projekte, die der Ausbildung von Diplomaten gewidmet sind, nämlich in Albanien und im Baltikum. Hier glauben wir schon aufgrund der Reaktionen, dass wir da etwas Sinnvolles durchgeführt haben. Weil es einerseits darum ging, in diesen Staaten eine neue Generation von Beamten auszubilden. Andererseits haben wir da einen besonderen Vorteil, weil wir mit Genf einen Ort haben mit der Möglichkeit einer optimalen Einführung in die bilaterale und multilaterale Diplomatie. Und im übrigen schaffen wir uns auch einen erheblichen Goodwill bei Leuten, die später immer wieder mit der Schweiz zu tun haben werden.

Interview: Monika Scherrer